

Danziger Zeitung.

№ 17631.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retherhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 12. April. (Privattelegramm.) Die „Arenzeitung“ meldet, daß Graf Eulenburg zum Obersthofmeister ernannt wird, eine neue Hofcharge, welche unter dem gleichen Dienstitel in Wien Prinz Hohenlohe bekleidet.

— Nach dem „B. Tgl.“ ist die Kaiserin von Oesterreich von einem hochgradigen Nervenanfall betroffen, der sie zu einem hohen Grade der Schwäche gebracht hat; sie versuchte sich ein Leid anzuthun, um ihrem Gemahl eine neue Heirath zu ermöglichen und damit die Aussicht auf männliche Nachkommenschaft zu eröffnen.

Büben, 12. April. (Privattelegramm.) Sibirski hat seine Unschuld an dem Hamburger Anabermord nachgewiesen.

Pest, 12. April. (W. I.) Das Abgeordnetenhaus hat das Loossperrgesetz angenommen. Mehrere oppositionelle Redner kritisirten in gereizter Weise das Vorgehen des österreichischen Finanzministers Dunajewski bei der Vorlage des österreichischen Loossperrgesetzes. Der Ministerpräsident Tisza erwiderte, das Vorgehen sei zwar gesetzlich, aber mit der den ungarischen Interessen schuldigen Schonung nicht vereinbar. Die ungarische Regierung werde wie bisher alles thun, um die Interessen des Landes zu schützen.

Paris, 12. April. (W. I.) In der gestern Abend stattgefundenen republikanischen „Association nationale“ hielt Jules Ferry eine Rede, in der er hervorhob, die republikanische Partei sei von neuem constituirt. Das Uebermaß des Uebels habe Gutes hervorgebracht; die Pariser Wahl vom 27. Januar habe die Regierung aus ihrem Schlummer geweckt und die Gemäßigten ausgerüttelt. Man habe begriffen, daß die Regierung der Republik das Recht habe, das Leben derselben und sich zu vertheilgen, die Republikaner wollten sich nicht hinter das Licht führen lassen und würden nicht die Dupirten sein. Die Spaltung der Parteien verringere sich; der Hauptfehler liege darin, daß man das Land glauben ließ, die Regierung der Republik sei die verkleidete Anarchie. Der Boulangerismus werde an dem Tage bestraft sein, wo die Regierung sich stark zeigen oder in der Kammer eine einschüchternde Majorität haben werde. Die Republik besitze gegenwärtig alle Mittel, um zu siegen.

London, 12. April. (W. I.) Das Oberhaus hat sich bis zum 30. April vertagt.

— Im Unterhause brachte der Parlamentarier Baron Worms eine Bill ein, welche die Regierung in den Stand setzt, die Zuckerprämienconvention zur Ausführung zu bringen, durch Cabinetsordre die Einfuhr von durch Prämien subventionirtem Zucker zu verbieten, sobald die Majorität der Unterzeichner der Convention entschieden hat, daß es sich um solchen Zucker handelt. Nach Erlaß der Cabinetsordre wird solcher Zucker gemäß dem Zollgesetz wie falsche Münzen behandelt. Das Haus nahm darauf die erste Lesung der Bill an. Planfakt theilte mit, er werde bei der zweiten Lesung die Verwerfung beantragen.

Rom, 12. April. (W. I.) Es heißt, der König werde in Begleitung des Ministerpräsidenten Crispi in der zweiten Hälfte des Mai seinen Besuch am Berliner Hofe machen. Es ist noch nicht festgestellt, ob die Königin und der Kronprinz mitreisen.

Rom, 12. April. (W. I.) Der Abg. Sonnino überreichte dem Präsidenten der Kammer eine Interpellation über das Verhalten der Regierung in Folge der letzten Ereignisse in Afrika.

Brüssel, 12. April. (Privattelegramm.) Auf dem Ballfeste bei dem Abgeordneten Somme an welchem sämtliche Minister und die meisten Gefandten Theil nahmen, erschien plötzlich Boulanger. Die Minister und Diplomaten, außer dem türkischen Gesandten, verließen darauf sofort das Fest.

Politische Uebersicht.

Danzig, 12. April.

Der Tabak soll „noch mehr bluten“!

Eine Tabaksteuererhöhung ist in Sicht, wenn anders die Ausführungen richtig sind, die wir heute in einem governementalen Organ, der in Berlin erscheinenden „Staat.-Corresp.“, finden. Das genannte Organ macht nämlich unter der Firma einer entrüsteten Zurückweisung des Gebankens oppositioneller Redner, als werde die bisher noch unbeantwortete Frage der Deckung des Reichszuschusses im Alters- und Invaliden-gesetz schließlich zum Tabakmonopol führen, die interessante Mittheilung, daß zur Zeit zwischen der Reichsregierung und den Regierungen der Bundesstaaten Verhandlungen stattfinden, welche sich auf eine Reform der Tabaksteuer beziehen, jedoch außerhalb jedes Zusammenhangs mit dem

Alters- und Invalidengesetz ständen. Die „Staat.-Corr.“ fährt dann fort:

Die Erkenntniß der Reformbedürftigkeit der Tabaksteuer bricht sich in immer weiteren Kreisen Bahn. In Interessentenkreisen hält man es für möglich, daß eine Erhöhung des Tabakzollens sowohl dessen Wirkung als Schutzoll für unsere einheimische Industrie wesentlich verstärken werde, wie sie sich auch nach der finanziellen Seite als ein für das Reich weit ergiebigeres Einnahmemittel erweisen müsse. Was einst Fürst Bismarck mit den Worten, „daß der Tabak noch mehr bluten müsse“, ausgesprochen hat, wird heute in urtheilsfähigen Kreisen immer mehr und mehr anerkannt. . . . Es darf somit als feststehend erachtet werden, daß der zur Zeit zwischen den Bundesregierungen schwebende Meinungsaustausch über diese wichtige Steuerreform zu einem Ergebnis führen werde, das in gleichem Maße den Reichsfinanzen wie den als berechtigt anerkannten Wünschen der Interessenten Rechnung tragen dürfte.

Da haben wir's! Also abermals Steuer- und Zollmaßregeln! Abermals wird die Brandfackel der Beunruhigung in weite Kreise hineingeworfen, die kaum erst zur Ruhe gelangt sind! Natürlich argumentirt dieser governementale Zollreformer der „St.-Corr.“ auch wieder mit dem gleichnamigen Prinzip der „ausgleichenden Gerechtigkeit“, dem größten Unfug, der bei solcherlei Fragen angewendet werden kann. Salz und Zucker müßten mehr zur Bestreitung der Staatsausgaben beitragen als der Tabak — also in die Höhe mit dessen Erträgen! Wohin sollen wir bei einer solchen Logik noch kommen?

Die Entstehung der Reichscommission.

Die „Gründe“ für die Aufhebung des auf Grund des § 11 des Socialistengesetzes ergangenen Verbots der „Volkszeitung“ liegen nunmehr im Morlaute vor. In der Hauptsache, d. h. so weit es sich um die Nr. 65 der „Volkszeitung“ vom 17. März und den darin enthaltenen Artikel: „Ein Gebenbillet“ handelt, wiederholt (wie schon gestern kurz berichtet) die Reichscommission nur die auch schon an dieser Stelle gemachten Ausführungen, daß den Vorgängen vom 18. März 1888 die Ziele, auf welche die socialdemokratischen Bestrebungen gerichtet sind, fern liegen, daß in dem Artikel socialdemokratische Bestrebungen nicht zu Tage treten und daß es gänzlich an den nach § 11 des Socialistengesetzes wesentlichen Kriterien solcher Bestrebungen fehle, nämlich den, daß sie in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerung gefährdenden Weise zu Tage getreten seien. Der Ausdruck „Arbeiter“, auf den sich das Polizeipräsidium in der Begründung des Verbots berufen habe, komme in dem Artikel überhaupt nicht vor. Da also das Verbot der Nr. 65 der Zeitung auf Grund des Socialistengesetzes zu Unrecht erfolgt ist, da ferner das Verbot des weiteren Erscheinens der Zeitung das vorherige, natürlich gesetzmäßige Verbot einer einzelnen Nummer voraussetzt, so wird auch dieses Verbot hinfällig. Vom 18. März bis 10. April ist also die „Volkszeitung“ in gesetzwidriger Weise am Erscheinen verhindert worden. Soweit ist gegen die Entscheidung der Reichscommission nichts einzuwenden.

Der bei weitem umfangreichere Theil der Entscheidung der Reichscommission beschäftigt sich ferner mit dem Nachweise, daß die „Volkszeitung“ den Charakter eines rein demokratischen Blattes nicht bewahrt, seine Spalten vielmehr vielfach auch der Vertretung der socialdemokratischen Ideen und Interessen geöffnet hat. Wir haben weder Beruf noch Neigung, den Ton und alle Tendenzen der „Volkszeitung“, die bekanntlich niemals ein freisinniges Organ war und es niemals hat sein wollen, zu vertheilgen. Aber abgesehen davon, daß schon das verleiht Rechtsgesetz, das unabhängig ist von parteipolitischen Rücksichten, jeden zur schärfsten Beurtheilung des Verfahrens gegen die „Volkszeitung“ führen mußte, fordert auch die Art und Weise der Beweisführung der Reichscommission zu erneuter Kritik heraus. Eine lange Reihe von Artikeln, welche mit der Maßregel des Polizeipräsidiums gar nichts zu thun haben, beginnend mit einem Artikel vom 6. Februar 1887, werden angeführt, und als das Ergebnis das „unwissenschaftliche, thatsächliche Resultat“ bezeichnet: „Daß, wenn gleich auch keine einzige dieser Nummern für sich allein unter die Verbotsbestimmung des § 11 des Socialistengesetzes fallen mag, doch in der Gesamtheit der bisher bezeichneten Nummern der „Volkszeitung“ socialdemokratische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerung gefährdenden Weise zu Tage treten.“

Bisher galt es als zweifellos, daß eine auch noch so große Zahl von Nullen niemals einen einzigen Einer ergibt; die Reichscommission, in deren Namen Minister Herrfurth zeichnet, stellt den sonderbaren Satz auf, daß etwa 30 Nummern der „Volkszeitung“, von denen keine einzige unter den § 11 des Socialistengesetzes fällt, d. h. das Verbot der Nummer auf Grund des Gesetzes rechtfertigen würde, in ihrer Gesamtheit den im Gesetz vorgesehenen strafbaren Thatbestand bilden. Noch schlimmer wird die Sache, wenn man ins einzelne geht. In einem Artikel, welcher die Afrikavorgänge trift, wie die Reichscommission meint, die von der „Volkszeitung“ angeführte Gemeinamkeit der Thätigkeit der deutsch-französischen und der socialdemokratischen Partei zu Tage; zunächst darin, daß die „Volkszeitung“ schreibt, „nur die freisinnigen und socialdemokratischen Elemente des Volkes, das sind die politisch reifen und selbstständigen Theile der bürgerlichen und arbei-

tenden Klassen“, hätten das Recht, die Verantwortlichkeit für das afrikanische Abenteuer von ihren Schultern zu wälzen.

Ferner wird behauptet:

In ihrer Eigenschaft als Vertreterin der gemeinsamen Interessen des Freisinn und der Socialdemokratie richtet die „Volkszeitung“ die heftigsten Angriffe „benn auch gegen die monarchische Staatsverfassung, indem sie in dem Bestehen der Monarchie die wesentlichste Grundpfeiler derjenigen Staatsordnung erblickt, welche den Zielen beider Parteien den festesten Widerstand entgegensetzt und daher in den Staub geblasen, herabgewürdigt und der Mißachtung der Leser ausgesetzt werden müsse, um sie ihrer in der Verehrung des Monarchen und in der Anhänglichkeit der Unterthanen an die Dynastie ruhenden Kraft zu berauben.“

Zum Beweise für diese Behauptung werden Artikel angeführt, die sich mit dem Tode des Königs Ludwig von Bayern, der Absetzung des Fürsten Alexander von Bulgarien, den Verunglimpfungen des Kaisers Friedrich durch die Cartellpresse, der Veröffentlichung des Tagebuchs des Kaisers Friedrich, den Vorgängen am württembergischen Hofe und endlich der Katastrophe in Meierling beschäftigen. Man vermißt nur den Nachweis, daß die „Volkszeitung“ alle diese Ereignisse und Vorgänge veranlaßt oder erfunden habe, um die monarchischen Institutionen zu erschüttern. Die Vorgänge, um die es sich handelt, waren nun einmal nicht dazu angethan, das Königthum in die Höhe zu heben. Dann wird auch auf den Artikel „Zum 9. März“ und auf andere nicht näher bezeichnete Artikel hingewiesen, in welchen die „Volkszeitung“ ihre Bissen, auf Herabwürdigung und Beschäftigung jenen Angriffen gegen den Kaiser Wilhelm II. gerichtet habe. Die Schlussfolgerung aber, daß in vorstehenden Artikeln vielfach das Vorhandensein von socialdemokratischen, auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichteten Bestrebungen constatirt sei, ist mit den Bestimmungen des jetzt bestehenden Socialistengesetzes nicht vereinbar. Es scheint beinahe, als habe die Reichscommission anstatt des Socialistengesetzes den Entwurf der Novelle zum Straf- und Preßgesetz bez. der in diesem enthaltenen Begriffsbestimmung staatsgefährlicher Angriffe gegen Monarchie u. s. w. ihrer Beurtheilung zu Grunde gelegt. — etwa um den Nachweis zu führen, daß, da das Socialistengesetz auf diese Vergehen nicht anwendbar ist, es einer Verschärfung des Straf- und des Preßgesetzes dringend bedürfe? Es würde das die officiële Angabe befähigen, der Justizauschuß des Bundesrathes habe die Beratung jener Novelle bis zur Erledigung der Volkszeitungs-Sache vertagt.

Mit der unqualifizirbaren Behauptung, die freisinnige Partei habe das mit der socialdemokratischen gemeinam, daß sie die Herabwürdigung der Monarchie erstrebe, um freie Bahn für ihre politischen Ziele zu schaffen, soll wohl dem Geseh-entwurf zur Unterdrückung der Opposition, wie jene Novelle mit Recht genannt wird, in der öffentlichen Meinung und im Parlament vorgearbeitet werden. Indessen auch hier wird das Wort gelten: Man merkt die Absicht!

Im übrigen geben wir uns der Hoffnung hin, daß auch im Reichstage noch eine Erörterung über diese Angelegenheit angeregt werden wird. Eine solche „Begründung“, wie die der Reichscommission ist, verdient eine entsprechende Kritik vor dem Forum des ganzen Landes!

Die rechnerische Grundlage der Alters- und Invalidenversicherung.

Daß die rechnerischen Grundlagen der Alters- und Invalidenversicherung in der That sehr unklar sind, dafür liefert die gestern dem Reichstage zugegangene Berechnung der wöchentlichen Beiträge, welche die Arbeitgeber und die Versicherten in den ersten 10 Jahren nach Annahme der neuen Anträge der Commission über die Höhe der Renten zu entrichten haben, einen schlagenden Beweis. Es wird da eingebracht, zu einer zutreffenden Berechnung der Beiträge müßte man für jede Lohnklasse die Altersgruppierung der zu versichernden Personen kennen. Das sei aber nicht der Fall. Man kenne nur die Altersgruppierung für die Gesamtheit der Versicherten in den einzelnen geographisch abgetheilten Versicherungs-Anstalten, diese könne aber nicht auf die Versicherten in den einzelnen Lohnklassen angewendet werden. Es wird dann angenommen, aber ohne statistische Belege, daß die höheren Lohnklassen vorzugsweise Personen aus den Altersjahren 30—60, jüngere Personen nur in geringer Zahl enthalten würden. Lediglich auf Grund von Vermuthungen, deren statistische Basis nicht mitgetheilt wird, erhöht man die nach der Altersgruppierung sämtlicher Versicherten gewonnene Invaliditätsziffer in den drei oberen Lohnklassen um 15, 25 und 35 Prozent. Dann stellen sich die Jahresbeiträge für einen jeden Versicherten — 20 Prozent Zuschlag für den Referendumsfonds und 1 Mk. pro Kopf an Verwaltungs-kosten (also über 11 Mill. Mk. jährlich) eingerechnet — pro Kopf der Versicherten in den 4 Lohnklassen auf 6,344 Mk., 8,950 Mk., 10,503 Mk., 12,658 Mk. Der Beitrag, den jeder Versicherte und jeder Arbeitgeber zu leisten hat, beläuft sich auf die Hälfte dieser Beträge. Demnach wird unter Berücksichtigung der Ausfälle wegen Arankheit der Wochenbeitrag auf je 13,792 Pf., 19,457 Pf., 22,833 Pf. und 27,418 Pf. berechnet und werden daraufhin die von der Commission vorgeschlagenen Beiträge von 14, 20, 24 und 30 Pf. als „genügend sicher“ bezeichnet. Ueber die Gründe für die von der Commission vorgeschlagene Höhe der Rentenfrage erfährt man nicht eine Silbe. Man muß eben warten, bis der Berichterstatter im Plenum darüber Auskunft giebt. Je ausführlicher

diese ist, um so weniger werden die Mitglieder in der Lage sein, sofort Beschlüsse zu fassen, die überdies bei der notorischen Befähigungsfähigkeit des Hauses — gestern waren bei Beginn der Sitzung nur 165 (anstatt 199) Mitglieder anwesend — leicht auf Hindernisse stoßen könnten.

Das ist übrigens eine Erscheinung, auf die ganz besonders aufmerksam gemacht werden muß. Der Reichstag beräth die wichtigste Vorlage, die sich denken läßt — vor einem beschlußunfähigen Hause. Die Minorität, obwohl sie es hätte thun können, hat trotzdem von dem Mittel der Auszählung, welche der Berathung ein schnelles Ende gesetzt haben würde, keinen Gebrauch gemacht. Sie verlangte nichts als eine eingehende Berathung, die es allen Mitgliedern möglich machen sollte, eine reiflich erwogene Entscheidung zu treffen. Aber auch das gelingt, dank des Terrorismus, den die von der Gruppe Franksenstein unterstützte Cartellmehrheit meist nach vorherigen Abmachungen ausübt, nicht ein weiterer Ruhmesakt dieser Mehrheit von Arlequins Gnaden!

Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen.

Wie wir bereits mitgetheilt haben, hat die Commission zur Ausarbeitung eines bürgerlichen Gesetzbuches noch vor der Beendigung der ersten Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen für das deutsche Reich fertig gestellt. Der Entwurf ist nunmehr dem Bundesrathe zur Kenntnissnahme und weiteren Beschlußfassung zugegangen. Er zerfällt in 5 Abschnitte, welche nacheinander behandeln:

1. die Definition des unbeweglichen Vermögens in Ansehung der Zwangsvollstreckung;
2. die Zwangsvollstreckung in Grundstücke; dieser Abschnitt ist in drei Titel: Allgemeine Vorschriften, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung eingetheilt, von denen der erste Bestimmungen über die Maßregeln der Zwangsvollstreckung, den Gerichtsstand, die Befähigten, die Rechte auf Befriedigung aus den Grundstücken, die Zustellungen und der zweite solche über die Anordnung der Versteigerung, die Bestimmung des Versteigerungstermins, das geringste Gebot und die Versteigerungsbedingungen, den Versteigerungstermin, die Zurücknahme des Versteigerungsantrages, Aufhebung und einstweilige Einstellung des Verfahrens, die Entscheidung über den Zuschlag und die Verteilung des Erlöses umfassen;
3. die Zwangsvollstreckung in Schiffe;
4. die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung in besonderen Fällen; dieser Abschnitt umfaßt die beiden Titel Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung im Falle des Concurses und Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft;
5. Einführungsvorschriften.

Wegen der Ausarbeitung der Motive zu dem Entwurfe, welche, wie wir schon mitgetheilt, dem preussischen Oberlandesgerichtsrath Achilles zu übertragen vorgeschlagen war, ist seitens des Staatssecretärs im Reichsjustizamt das Erforderliche bereits veranlaßt worden.

Die Wislmann-Expedition

wird erst gegen Ende Mai vollständig in Dar-es-Salaam versammelt sein. Es ist diese Verödigung um deswillen von geringem Belang, weil, wie der „Arenzeitg.“ berichtet wird, gegenwärtig an der ostafrikanischen Küste die Regenzeit herrscht, wodurch der Expedition mancherlei Hindernisse und Unbequemlichkeiten bereitet wären.

Die Reconstruction des Cabinets Tisza

Ist gestern zum Abschlusse gelangt. Wie aus Pest telegraphisch gemeldet wird, hat gestern das amtliche Blatt die Enthebung der Minister Graf Csehenni und v. Tabin von ihren bisherigen Posten, sowie die Koloman Tiszas von der provisorischen Leitung des Finanzministeriums veröffentlicht. Gleichzeitig wurde die Ernennung des Grafen Julius Szapary zum Minister für Ackerbau, Industrie und Handel, des Dr. Alexander Weckerle zum Minister der Finanzen, sowie Desider Gilagay zum Minister der Justiz veröffentlicht.

Die genannte Presse begrüßt ohne Partei-unterschied das neue Cabinet auf das sympathischste, und ebenso sympathisch ist namentlich die Haltung der parlamentarischen Partei der Liberalen. Heute ging uns darüber nachstehende Depesche zu:

Pest, 12. April. (W. I.) In der gestern Abend abgehaltenen Clubconferenz der liberalen Partei waren die neuen Minister anwesend und die Regierung war Gegenstand begeisterten Vertrauens-undhuldigungen, wofür der Ministerpräsident Tisza unter dem Hinweis auf die bewundernswürdigen Ausdauer der Partei in der Vertheidigung der Interessen des Vaterlandes auf das wärmste dankte.

Die Vorgänge in Luxemburg.

Die Eidesleistung des Herzogs-Regenten fand nachmittags 3 Uhr in feierlicher Sitzung der Kammer statt. Der Regent trug die nachfolgende Gala-Generalsuniform mit dem Bande des Ordens der Eidenkrone und nahm vor dem Thronessel Aufstellung, rechts von ihm der Erbpriest in der Gala-Uniform eines österreichischen Coassier-Generals, ferner der Staatsminister und der Statthalter, links der Adjutant Graf Metternich, der Hofmarschall und das Gefolge. In seiner Anrede an den Herzog betonte der Präsident Servais, die Kammer schätze sich glücklich, die durch die Arankheit des Großherzogs nötig gewordene Regentenschaft durch einen Fürsten ausgeübt zu sehen, den enge Bande an das regierende Haus knüpften und dessen hochherzige Gesinnungen dem Luxemburger Volke höchst werthvolle Bürg-

schaften gaben. Der Präsident verlas darauf die Eidesformel in französischer Sprache. „Je jure fidélité au Roi-Grand-Duc; je jure d'observer la constitution et les lois du pays. Ainsi Dieu me soit en aide.“ (Ich schwöre Treue dem König-Großherzog; ich schwöre die Verfassung und Gesetze des Landes zu halten, so wahr mir Gott helfe!) Der Herzog leistete den Eid, worauf der Präsident mit den Worten schloß:

„Indem wir Ihren Eid entgegennehmen, Monsieur, bitten wir gelegentlich des Aktes, der Ihnen die Regentschaft und die höchste Gewalt im Großherzogtum verleiht, unsere aufrichtigsten Glückwünsche entgegenzunehmen. Wir hoffen zuversichtlich, daß die Leitung der Geschäfte durch Eure Hoheit dem Lande vorteilhaft sein wird.“

Nach der Ansprache übergab der Staatsminister Eyschen dem Regenten die Ernährungsrede, welche derselbe stehend verlas. Bei den Stellen, daß der Herzog ein ebenso guter Eugemburger sei, wie die Eugemburger selbst, lag er stets die Wahrung der Neutralität im Auge haben werde und daß sein Leben den Traditionen des Hauses Dranien-Rassau gemäß dem allgemeinen Wohl des Vaterlandes gewidmet bleibe, ertönten sowohl im Saale wie von den Tribünen begeisterte Hochrufe, die sich am Schlusse erneuerten, worauf der Herzog, indem er die Hand erhob, rief: „Vive le Roi!“ Fortdauernde Hochrufe begleiteten den Regenten, als er den Saal verließ.

Während der Eidesleistung war die Freiwilligen-Compagnie mit Musikcorps und Fahne vor dem Schloß und dem Kammergebäude aufmarschiert. Nach der Ceremonie erblickten der Regent entlassenen Hauptes mit dem Erbprinzen auf dem Schloßbalkon. Endlose Rufe: „Vive le Roi!“ „Vive le Régent!“ ertönten von allen Seiten. Der Herzog, dankend und grüßend, ließ, unter erneuerten Rufen der zahlreichen Volksmenge, die Truppe vorbeiziehen. Mittags machte der Regent einen Spaziergang durch die Stadt, begleitet vom Staatsminister Eyschen, dem Secretär Willers und dem Grafen Wolff-Meierbach.

Ein uns heute zugegangenes Telegramm ergötzt den obigen Bericht wie folgt:

Eugenburg, 12. April. (W. I.) Die Rede des Herzogs Adolf in der Kammer schloß mit den Worten: „Die von mir übernommene Pflicht steht in vollem Einklang mit meinen innigsten Wünschen und Bestrebungen. Ich vermag diese Gesinnung wohl nicht besser auszudrücken, als durch die alte Devise des Hauses Dranien-Rassau, welche der König für unseren gemeinsamen Orden des „Goldenen Löwen“ erwählt, welche Sie oft mit begeistertem Jubel begrüßt haben, und welche in diesem Augenblicke ein Lobspruch auf die Vergangenheit sowohl als eine Bürgschaft für die Zukunft ist: Je maintiendrai.“ Die Kammer begleitete diese Worte mit jauchenden lebhaften Zurufen; der Wortlaut der Rede des Regenten wurde durch Maueranschlag der Bevölkerung in deutscher und französischer Sprache mitgeteilt.

Die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, der Herzog wolle vorläufig nur kurze Zeit hier verweilen, ist unrichtig; der Herzog wird vielmehr bis auf weiteres in Eugenburg bleiben.

Das neue rumänische Ministerium ist nunmehr fertig. Es bleibt dabei, daß Catargi das Präsidium der neuen Regierung führt. Derselbe hat ferner das Portefeuille des Innern, Bernesco die Finanzen, Oherassi die Justiz, Peucosco die Domänen, General Mano Krieg, Cahovari das Aeußere und Boeresco den Unterricht übernommen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten ist noch nicht ernannt. Boeresco ist liberal, die übrigen sind liberal-conservativ; das Portefeuille des Arbeitsministeriums ist gleichfalls einem Liberalen vorbehalten.

Ueber die Politik des neuen Cabinets verbreitet die „Agence Roumaine“ folgende halbamtliche Rundgebung:

Die in Rumänien soeben abgelaufene Ministerkrisis hat der ausländischen Presse vielfach zu irrigen Auslegungen Anlaß gegeben. Die Bildung des neuen, conservativen Cabinets unter Borist Catargi ist ausschließlich durch die Forderungen der parlamentarischen Lage und durch Rücksichten auf die innere Politik veranlaßt worden und bleibt ohne Einfluß auf die Beziehungen Rumäniens zu den fremden Mächten.

Diese lehrte Versicherung begegnet indessen starken Zweifeln, welche bereits in einer Interpellation in der Kammer ihren Ausdruck gefunden haben, wie folgende Depesche bezeugt:

Bukarest, 12. April. (W. I.) In der Kammer wurde eine Interpellation über die äußere Politik des neuen Cabinets gestellt, in deren Beantwortung der Ministerpräsident Catargi erklärte, Neutralität sei die Devise der gegenwärtigen Regierung; dieselbe werde die Frage der Ausweisung der russischen Unterthanen studieren, um zu erfahren, ob die Ausweisungen legitim oder nicht seien. Carp, der soeben zurückgetretene Ministerpräsident, sagte, das Wort „Neutralität“ habe keinen Sinn in Kriegszeiten und verlangt, daß man die Panславistenpropaganda bekämpfe. Cahovari wird morgen antworten.

Man braucht kaum erst die wahrscheinlich eingehenden Antwort des Ministers des Aeußern, Cahovari, abzuwarten, um zu erkennen, daß die oben erwähnten Zweifel durchaus berechtigt sind. Catargis Aeußerungen drücken unverhohlen seine durch seine ganze Vergangenheit ohnehin schon genügend bekannte Hinnegung zu Rußland aus und das Wort „Neutralität“ ist nur gewählt, um diese Abkehr von der bisherigen, nach den Centralmächten hin gravitierenden rumänischen Politik in ein möglichst harmloses Gewand zu kleiden. Rumänien steht, wenn anders Catargi sich hält, am Beginn einer neuen Phase seiner Staatsleitung, über welche die russische Presse allen Anlaß haben würde zu triumphieren.

Reichstag.

59. Sitzung vom 11. April. Die zweite Beratung der Alters- und Invaliditätsversicherung wird fortgesetzt.

Präsident v. Reventlow: Da die Drucksachen über die an die Commission zurückverwiesenen §§ 18 ff. gestern nicht mehr allen Mitgliedern des Hauses haben zugefunden werden können, kann ich nur vorschlagen, die heutige Beratung mit § 85 zu beginnen.

Abg. Ricker: Begründet ausführlich den Antrag auf Zurückverweisung der §§ 18, 19, 84 zur schriftlichen Berichterstattung, für die in der Commission auch 2 Nationalabgeordnete und 2 Conservative gestimmt hätten. Eine so schwierige Beratung, die in der Commission zwei lange Sitzungen in Anspruch genommen, sei wohl

noch nie durch mündlichen Bericht an das Haus gekommen. Ein hervorragendes, nicht freisinniges Mitglied, das den vertraulichen Besprechungen der Majoritätsparteien immer beigewohnt, also vorher informiert gewesen, habe nach längerer Debatte in der Commission erklärt, daß es sich nicht entscheiden könne, ob für die früheren oder neueren Anträge — und nun wolle man dem Hause eine solche Entscheidung sofort nachdem es den mündlichen Bericht gehört, zu-muthen? Man möge den Bericht so schnell wie möglich machen, es sei nicht die Absicht zu verschleppen, aber man müsse doch die Mitglieder in den Stand setzen, das Material vor sich zu haben und reichlich zu prüfen. Man könne sich nicht wundern, daß, wie Hr. v. Kardorff klage, der Reichstag vor leerem Hause die wichtige Materie verhandle, wenn man ihm die Information nicht erleihere.

Abg. Buhl (nat.-lib.) hält einen schriftlichen Bericht, nachdem die Rechnungen nun eingegangen sind, nicht mehr für erforderlich.

Ref. v. Mantuffel: Es wird unmöglich sein, einen schriftlichen Bericht bis morgen drucken und verteilen zu lassen.

Abg. Giese (Centr.): Die Zahlen bezüglich der Lohnklassen sind uns allerdings mitgeteilt, aber die Gesichtspunkte zur Beurtheilung derselben und die Motive fehlen. Unmittelbar nach einer mündlichen Berichterstattung sich Klarheit darüber zu verschaffen, ist unmöglich.

Abg. Windthorst: Es ist hergebracht, wenn man eine Commission niederlegt, auch einen gründlichen, schriftlichen Bericht von ihr zu verlangen. Da wir vor Osnern die zweite Beratung des G.-G. doch nicht werden erleben können, ist es gleichgültig, ob der Bericht heute oder morgen fertig wird. Es ist nicht richtig, den Kernpunkt des Gesetzes betreffende Dinge in dem Augenblicke zu berathen, wo man befürchten muß, daß das Haus nicht beschlußfähig ist.

Abg. Schrader: Ich schließe mich den Ausführungen des Vorredners an; denn es ist notwendig, nachdem wir die Sache reichlich geprüft haben, auch den Schein der Ueberhaftung zu vermeiden.

Abg. v. Hellborn (conf.): Wir müssen erst aus einem mündlichen Referat erkennen, ob es nötig ist, einen schriftlichen Bericht zu verlangen. Im übrigen haben sich die Fraktionen und ihre Mitglieder längst schlüssig gemacht. Wollen Sie aber die Gelegenheit benützen, die Sache in die Länge zu ziehen, so wird man im Lande das wohl verstehen. Wer da sagt, daß die Beratung dieses Gesetzes keine gründliche gewesen sei, schlägt der Wahrheit ins Gesicht. Nehnen Sie deshalb den Antrag Ricker ab!

Abg. Ricker: Die Entgegnung des Abg. v. Hellborn soll wohl einen Belag liefern für die von ihm neulich in Anspruch genommenen gesellschaftlichen Formen. (Sehr richtig! links.) Bei uns gehört es zur gesellschaftlichen Gewohnheit, daß man dem Gegner nicht Motive unter-schiebt, die er nicht selbst ausspricht. Es ist immer Brauch gewesen so zu verfahren und parlamentarisch unzulässig — (Der Präsident unterbricht den Redner, darüber zu befinden stehe ihm zu.) Gewiß, Herr Präsident, aber ich glaube es ist mein Recht, die die Grenzen überschreitende Aeußerung des Abg. v. Hellborn, daß unser Antrag nur ein Vorwand sei, in der schärfsten Form zurückzuweisen. Ich möchte den Abg. v. Hellborn bitten, seinen Antrag einer Reform zu unterziehen, er scheint mir nicht auf der Höhe der Situation zu stehen (Heiterkeit). Die formelle Zulässigkeit meines Antrages scheint mir ganz zweifellos zu sein, ich habe aber bessere Dinge zu thun, als Hr. v. Hellborn Informationen über unsere Geschäftsordnung zu geben. Gerade am Orte, wo ich heute schon Beschlüsse über die geschäftliche Behandlung zu fassen und damit eine Verschleppung zu vermeiden, haben wir den Antrag gestellt. Solche Bestimmungen müssen reichlich erwogen werden, nicht „gründlich“ im Sinne des Abg. v. Hellborn, der diese Dinge erledigt mit anderen in geschlossenen Conventikeln. (Der Präsident erklärt, daß man diesen Ausdruck von Mitgliedern des Hauses nicht gebrauchen könne.) Nun gut, ich will mich anders ausdrücken: in vertraulichen Besprechungen, zu denen die Mitglieder der Minoritätsparteien keinen Zutritt gehabt haben. Dagegen wird wohl nichts einzuwenden sein.

Abg. Gahn (conf.): Das Haus kann nach § 27 der Geschäftsordnung eine abermalige Zurückverweisung nicht beschließen, ohne vorher den mündlichen Bericht des Referenten gehört zu haben. Die Geschäftsbesprechungen werden jedenfalls durch eine weitere Zurückverweisung nicht gefördert.

Abg. Windthorst: Mir ist aber ein so wichtiger Entwurf wie dieser auch noch nicht vorgekommen, den ich für bedeutungsvoller halte als selbst die Verfassung, denn er trifft die menschliche Gesellschaft in ihren Fundamenten. Man will hier nicht die Geschäfte des Landes verzögern, sondern ordentlich und gründlich prüfen. Nicht jeder hat eine so rasche und schnelle Entelligenz, wie die Herren, die immer auf Beschleunigung drängen. Ich könnte sagen, die Herren haben ein lebhaftes Interesse, die Sache durchzubringen ohne gründliche Prüfung. (Oh! rechts.) (Der Präsident erachtet einen solchen Vorwurf auch in einer hypothetischen Form nicht für zulässig.) Meine Absicht ist, auch allen außerhalb des Hauses Gelegenheit zu geben, die neuen Vorschläge zu prüfen. Außerdem sind auch bei den früheren Rechnungen in der Commission Irrthümer vorgekommen, und es wäre denkbar, daß wiederum irgend ein Versehen dort passiert wäre.

Abg. Ricker: Nach der Geschäftsordnung können wir zweifellos den Beschluß fassen, den ich beantrage. Auf unserer Tagesordnung steht: „Die Beratung beginnt mit § 18.“ Der Präsident hat die Discussion eröffnet und mit Rücksicht darauf, daß das Material erst heute vorgelegt, vorgeschlagen, die Beratung aus-zusetzen. Darauf habe ich beantragt, diese Paragraphen zur schriftlichen Berichterstattung an die Commission zurückzuverweisen. Die Geschäftsordnung befaßt, daß die Commission durch ihren Berichterstatter mündlichen Bericht erstatten lassen kann, daß aber der Reichstag in jedem Stadium der Beratung die Vorlage zur schriftlichen Berichterstattung an die Commission zurück-weisen kann. Mein Antrag ist also formell und materiell zulässig, und ich hoffe, daß der Präsident dem nicht widersprechen und über den Antrag ab-stimmen lassen wird.

Abg. v. Bennigsen (n.-l.): Die formelle Zulässigkeit des Antrages befreit ich nicht, aber dessen Zweck-mäßigkeit. Das zahlenmäßige Material ist vertbeilt, und es enthält wesentlich das, was in einem schrift-lichen Bericht stehen könnte.

Abg. Buhl (n.-l.): Die Gegenstände würden durch die Beratung besser geklärt werden, als es durch einen schriftlichen Bericht möglich wäre.

Abg. Schmidt-Eberfeld: Ich möchte einmal diejenigen zählen im Hause, die die uns vorgelegten neuen Be-rechnungen in den wenigen Stunden studirt haben. Ich bin heute Morgen nicht damit fertig geworden; wenn man das Ergebnis der Commissionsbeschlüsse prüfen will, braucht man mindestens acht Tage. Das Zahlen-material ist durchaus nicht vollkommen.

Der Antrag Ricker wird abgelehnt, und das Haus setzt die Beratung über die Vorlage fort. Die §§ 84 bis 88 enthalten die Bestimmungen über die Entrichtung der Beiträge. Ueber § 84 (Höhe der Beiträge) wird im Zusammenhange mit den §§ 18 und 19 verhandelt werden.

§§ 85—88 werden ohne Debatte angenommen.

Nach § 89 soll die Entrichtung der Beiträge durch Einheben von Marken in die Quittungskarte des Ver-sicherten erfolgen. Die Quittungskarte soll am Kopf das Jahr, in welchem sie von der Versicherungsanstalt ausgegeben ist, tragen. — Die Abgg. Bebel und Gen. beantragen, auch die Bestimmungen über den Gebrauch der Karten und die Strafbestimmungen gegen Mißbrauch derselben am Kopf der Karte abzurufen.

Abg. Grillenberger (Socialdem.) empfiehlt diesen An-trag; es scheint keine Aussicht zu sein, eine andere Beitragsmethode einzuführen, deshalb müßte wenigstens

Sorge getragen werden, daß ein Mißbrauch der Karten verhindert wird.

Geheimrath v. Wölke glaubt, daß der Antrag über-sichtlich sei. Am Kopf der Quittungskarte werde nicht Platz für diese Bestimmungen sein, auf der Rückseite würde sich wohl Platz finden.

Abg. Singer (S.): In Folge der Ausführungen des Regierungskommissars ziehe ich die Worte meines An-trages „trägt am Kopfe“ zurück und beantrage statt dessen zu setzen „enthält“. Da aber die Regierung im Prinzip mit unserem Antrage einverstanden ist, so sehe ich nicht ein, weshalb er nicht angenommen werden sollte.

Abg. Schrader: Sachliche Bedenken gegen den mobi-lisirten Antrag Bebel liegen nicht vor und ich hoffe deshalb, daß er angenommen wird.

Der Antrag Bebel und der durch denselben mobi-lisirte Paragraph werden angenommen.

§ 89a (Tabelle Quittungskarte soll einen Raum zur Auf-nahme der Marken für 47 Beitragswochen bieten) wird angenommen.

(Schluß in der Beilage.)

Deutschland.

St. C. Berlin, 11. April. Der Kaiser empfing den Kriegsminister v. Werder und den Chef des Generalstabes Grafen Moltke.

Die Kaiserin Friedrich begibt sich, wie wir bereits vor deren Rückkehr nach Berlin melden konnten, bereits am 13. d. Abends in Begleitung der drei Prinzessinnen Töchter nach Homburg.

Die Fürstin Bismarck feiert heute ihren 65. Geburtstag; das Kaiserpaar war aus diesem Anlaß heute das Ziel zahlreicher Gratulationen und Gratulantinnen.

Wie verlautet, wird Prinz Ferdinand von Hohenzollern, jetzt rumänischer Thronfolger und bisher Lieutenant à la suite des 1. Garde-Regi-ments zu Fuß, demnächst bereits aus dem Ver-bande der preussischen Armee ausscheiden und sich bald darauf nach Rumänien begeben.

Berlin, 11. April. Durch Cabinetsordre vom 8. d. M. hat der Kaiser bestimmt:

„Um das Andenken des verstorbenen Generals der Cavallerie zur Disposition Freiherrn v. Schlottheim zu ehren, welcher eine längere Reihe von Jahren und bis vor wenigen Tagen mit großer Auszeichnung als com-mandirender General an der Spitze des XI. Armeekorps gestanden hat, haben sämtliche Offiziere dieses Corps drei Tage lang Trauer — Flor um den linken Unterarm — zu tragen. Gleiche Trauer habe ich für das Offiziercorps des 2. Garde-Regiments und außerdem befohlen, daß eine Abordnung dieses Regi-ments, bestehend aus dem Regimentscommandeur, einem Rittmeister und einem Lieutenant, der Be-isehungsfeier des Verstorbenen beizuwohnen hat, wovon ich das Generalcommando hierdurch beauftrichte.“

In gleicher Weise bestimmte der Kaiser durch Cabinetsordre vom 9. d. Mts.:

„Um das Andenken des dahingegangenen General-stabsarztes der Armee zur Disposition Professor Dr. v. Bauer zu ehren, bestimme ich hierdurch, daß sämtliche Mitglieder des Sanitäts-Offiziercorps drei Tage Trauer — Flor um den linken Unterarm — an-legen sollen.“

* [Kaiserin Friedrich] hat nach der „Post“ vor einigen Tagen den Fürsten Bismarck empfangen. Sie ertheilte auch die letzten Befehle in Bezug auf die Ausstattung der Prinzessin Sophie. Während der Winterszeit ist es nach demselben Blatte die Absicht der Kaiserin Friedrich, nach wie vor in ihrem Palais in Berlin zu residieren. Weiter wird der „Post“ gemeldet, die Kaiserin Friedrich lasse von Kronberg nach dem benachbarten Schönberg eine Fahrstraße bauen. Bis jetzt besteht eine Ver-bindung beider Orte durch einen Feldweg, auf dem mehrere Häuschen stehen, welche die Kaiserin sammtlich für 6000 Mk. ankaufte. Die Kaiserin unterlasse weitere Ankäufe von Grundstücken, da zu hohe Preise gefordert werden.

* [Die „Volkszeit.“] stellt die Veröffentlichung der bei Hrn. Mehring beschlagnahmten Briefe der Abgg. Bebel, Singer, Liebknecht, Dietz, Grillenberger — sobald dieselben wieder ausge-liefert sein würden — in Aussicht, um zu be-weisen, daß dieselben keinen Artikel für die „Volkszeit.“ geschrieben, geschweige denn sich viel-fach mit Mehring über die Richtung der „Volks-zeit.“ verständigt hätten, wie in der Entscheidung der Reichscommission behauptet wird.

Österreich-Ungarn.

Wien, 11. April. Der Großfürst Peter Nicolajewitsch ist heute früh hier eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 11. April. Die Deputirtenkammer hat sich bis zum 14. Mai vertagt.

Der Senat wird morgen früh zusammentreten, um die Commission zu ernennen, welche beauf-tragt ist, die Instruction für den Senat als obersten Gerichtshof aufzustellen.

Paris, 11. April. Die Kammer beschloß ein-stimmig die Bewilligung eines Credits von 10 000 Francs für die Begräbnisfeier des verstorbenen Chemikers Chevreul und nahm darauf die Beratung über den Antrag betreffend die Sicherheit der Reisenden auf den Eisenbahnen wieder auf. (W. I.)

Marselle, 11. April. Ein großer Theil der stehenden Hafenarbeiter hat die Arbeit wieder aufgenommen. (W. I.)

Italien.

Rom, 11. April. Anlässlich seines heutigen Namensfestes empfing der Papst Mittags die Glückwünsche der Cardinale und Prälaten. An-sprachen und Reden wurden nicht gehalten.

Rom, 11. April. Dem Vernehmen nach dürfte der Zar den Bischof von Witna begnadigen, so-bald ein Einvernehmen mit dem Vailkan wegen Wiederbesetzung der vakanten vier russischen wep-polnischen Bischofsitze erzielt worden ist. (W. I.)

Vermischte Nachrichten.

London, 10. April. [Word und Selbstmord.] In einem Hause in Mansfield-road, Gospel Dah, im Nordwesten Londons, spielte sich am Montag ein tragisches Ereigniß ab. Dort wohnte ein junges Paar unter dem Namen Mr. und Mrs. Coans. Am Nach-mittag des genannten Tages hörten die Hausbewohner einen lauten Streit in dem Zimmer der jungen Leute. Bald darauf fielen zwei Schüsse. Der Wirth eilte herbei und fand, daß Mann und Frau aus Schußwunden am Kopfe bluteten. Ein herbeigerufener Arzt constatirte den Tod des Mannes, während die noch atemde Frau nach dem nächstgelegenen Hospital gebracht wurde, wo sie bald darauf starb. Es scheint, daß der Mann auf die Frau geseuert und sich dann selber erschossen hatte. In dem Mann wurde ein ehemaliger Cavallerieoffizier Namens William Goldsmith Hunt, der von seiner Frau getrennt lebte, in der Frau eine Schauspielerin Namens Marie Delorme erkannt. Angeblich soll Eifersucht das Motiv der That sein.

Am 13. April. Danzig, 12. April. W.-A. b. Tage G.-A. 5.8, 1. 6.54. W.-A. 1. 4.42.

Wetterausichten für Sonnabend, 13. April, auf Grund der Berichte der deutschen Gewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Anfangs trübe und vielfach neblig, später auf-klarnd bei wandernden Wolken; heiter und

frischweife wolkenfrei, abnehmende Winde (frisch bis mäßig und schwach); Temperatur Tags über ziemlich warm, Nachts empfindlich kühl.

* [Strandung der „Grille.“] Heute Vormittag gegen 9 Uhr traf hier ein dringendes Telegramm des Strandvolgts aus Arochom (Kreis Neustadt) ein, welches meldet, daß die „Grille“ bei Karwen-bruch — etwa 1 1/2 Meilen westlich von Righöft, um Kreise Neustadt gehörig — auf Strand sitze. Daß hiermit nur der gestern Nachmittag von Sminemünde nach Danzig abgegangene kaiserl. Avisdampfer „Grille“ (Commandant Corp.-Capt. Jhm) gemeint sein kann, war von vornherein zweifellos, hat seine Bestätigung aber auch inzwischen durch eine Depesche an die hiesige kais. Verwaltungsverwaltung gefunden, welche, wie wir hören, Mittags ihren Werftdampfer „Mottlau“ zur Hilfeleistung bei den Abbringungsversuchen abgesandt hat. Da sowohl gestern Tags über wie heute Morgen auf See sehr starker Nebel herrschte und gerade an der Strandungsstelle die Meeresströmung stark der Rüste zutreibt, ist der Unfall sehr erklärlich. Welche Tragweite derselbe hat, darüber fehlen hier zur Zeit noch alle näheren Nachrichten, doch scheint es, daß Mannschaften nicht verunglückt sind.

* [Von der Weichsel.] Die Nachrichten von der Mehrung lauten immer trüber. Das Wasser reißt sowohl bei Neufahr wie bei Bohnsack weit in das Land hinein. Abermals hat ein sehr sauberes hiesiges Gehöft verlassen werden müssen und in Neufahr steht jetzt ferner das Etablissement des Gastwirths Tüchel in größter Gefahr, da der Strom dasselbe zu unterspülen beginnt. Würde die Strömung in dieser Schärfe noch einige Zeit anhalten, dann erscheint die Gefahr eines neuen Durchbruchs nicht ausgeschlossen.

Aus Bohnsack wird uns von heute Morgen berichtet: Seffern fanden auf der ganzen gefähr-lichten Uferstrecke mehr oder weniger bedeutende Landabrutschungen statt. Die Leute mußten des-halb in größerer Zahl ihre Häuser räumen. Durch Hilfe der Strombauverwaltung und die Bemühungen des Pfarrers wurden für die Unter-bringung von Leuten und Sachen mittels Eis-brecher auf eisernen Prahm eine Reihe von Baracken und Hütten an das Ufer von Neufahr gefahren, um auf dem Schuttplatz, den die Schul-vorstandsmitglieder bereitwillig dazu einräumten, aufgeschlagen zu werden. Zum allgemeinen Be-fremden inhibirte der Amtsvorsteher das sofortige Ausladen und das Benutzen des zur Zeit ander-weit nicht in Anspruch genommenen Schuttplatzes. Die vergangene Nacht hindurch hat das Reißen des Stromes nachgelassen. Jedoch steht das Haus von Herrath bereits etwas über der Weichsel und das des Fischhändlers Ruffau wird am West-giebel vom Weichselwasser bespült. Die Schutz-arbeiten an den Ufern sind Tag und Nacht ausgeführt, nachdem ausreichend Material beschafft worden.

Inzwischen ist bei Warschau der Wasserstand fortgesetzt in langsamem Steigen. Heute Morgen betrug er dort 3.75 Meter (gestern 3.60), war aber noch im Wachsen. Bei Thorn ist er zwar von gestern bis heute von 5.82 auf 5.71 Meter, bei Kaim von 5.78 auf 5.55 Meter gesunken, doch ist nach den Warschauer Nachrichten erneutes Steigen zweifellos.

Aus Marienburg vom 12. April. Morgens, wird uns gemeldet: Der Nogawasserspiegel ist gestern den Tag über in der Höhe von 5.80 Meter am Pegel geblieben, über Nacht dann um 10 Centimeter gesunken, so daß der Pegel jetzt 5.70 Meter zeigt.

* [Städtisches.] Am nächsten Dienstag wird die hiesige Stadtverordneten-Versammlung ihre Etatsberatungen mit der Feststellung des Haupt-Etats pro 1889/90 abschließen. In derselben Sitzung wird auch über die Errichtung eines Volksbades auf der Niederstadt verhandelt werden. Für dasselbe sind dem Magistrat 12 000 Mk. aus der Abeggstiftung zur Disposition gestellt. Diese Summe reicht zu der Anlage eines Braubades nach dem System des Dr. Cassar, welches 1885 von dem Hygiene-Congress in Berlin als das „Volks-bad der Zukunft“ bezeichnet wurde, vollständig aus, so daß die Stadt nur das Terrain — einen an der Mündung der Lenzgasse in die Wallgasse befindlichen kleinen Platz — herzugeben hat. Dieser Platz wird vom Magistrat mit Rücksicht auf die Nähe der großen Fabriken für besonders günstig erachtet. Die Betriebs- und Verwaltungs-kosten des Bades sollen durch die zu erhebende Gebühr von 5 Pf. pro Bad an Sonntagen und Sonntagen, 10 Pf. an den anderen Tagen gedeckt werden.

* [Eisenbahn-Familien-Zeitkarten] gelangen jetzt neu zur Ausgabe, und zwar müssen die In-haber Angehörige eines und desselben Hausstandes sein; hierzu werden auch Dienstboten gerechnet. Die Dauer der Gültigkeit wird dem Befeller an-heimgegeben. Die mit längerer Gültigkeitsdauer ausgefertigte Karte bleibt Stammkarte. Trifft bei allen gelösten Karten eine gleiche Dauer der Gültigkeit ein, so ist dem Befeller anheimgegeben, welche Karte er als Stammkarte bezeichnen haben will; die anderen Karten werden als Nebenkarten bezeichnet. Sämtliche Karten gelten nur für eine Strecke. Bei Lösung der Karten muß durch eine ortspolizeiliche Bescheinigung die Zugehörigkeit sämtlicher Karten-Inhaber zu einem und dem-selben Hausstande nachgewiesen werden. Beim Wechsel der Dienstboten werden deren Karten gegen einen Betrag von 50 Pf. umgeschrieben. Die Gültigkeitsdauer der Karten kann eine ver-schiedene sein. Die Nebenkarten können auch niedriger Klasse als die Stammkarte sein. Für die Stammkarten wird der volle, für die Nebenkarten je der halbe tarifmäßige Zeitkartenpreis erhoben. Als Sicherheit sind für die Stammkarten 10 Mk., für jede Nebenkarte 5 Mk. zu hinterlegen.

* [Gefäßsturz.] Am heutigen Tage begeht die hiesige Firma „Mathilde Tausch“ ihr 25jähriges Be-stehen. Im Jahre 1864 nahm dieses Jahr selbst im Aus-lande wohl accreditirte Confections-Geschäft in der Gr. Krämergasse seinen beschriebenen Anfang und ent-wickelte sich unter seiner sorgfältigen ruhigen Leitung langsam und stetig zu der gegenwärtigen Höhe. Vor einer Reihe von Jahren verließ es sein beschriebenes Heim in der Krämergasse und siedelte nach dem jetzigen städtischen Lokal in der Langgasse über.

* [Gewerbe-Verein.] Der Gewerbe-Verein hielt gestern Abend seinen letzten Vortragabend in diesem Wintersemester ab. Es sprach Herr O. Sander über das Thema: „Entsprechen die heutigen Personentarie-ben Anforderungen des modernen Verkehrs?“ Der Vortragende glaubte diese Frage verneinen zu müssen

Außerordentlich belebend und widerstandsfähig gegen Strapazen macht der Genuß der Coca-Cigaretten aus der Fabrik „Dbalische“ (Osakar Friedhelm) in Stuttgart. Probefolien von 80 Stück Coca-Cigaretten und 275 Stück Cigaretten aus echt türkischem Tabak zu beziehen von der Cigarettenfabrik „Dbalische“ gegen Einzahlung oder Nachnahme von 10 M.

Auf der internationalen Jubiläums-Ausstellung in Melbourne 1988/89 ist der Firma Gustav Pohl in Berlin, königl. Hoflieferant, Jägerstraße 46 der erste Preis für Parfümerien und seine Toilette-Geifen nebst ehrenvoller Erwähnung-erteilt worden.

Beilage zu Nr. 17631 der Danziger Zeitung.

Freitag, 12. April 1889.

Reichstag.

(Schluß.)

Nach § 89aa soll die Ausstellung und der Umtausch der Quittungskarten durch die Ortspolizeibehörde des Beschäftigungsorts oder eine andere, durch die Centralbehörde zu bezeichnende Stelle erfolgen.

Abg. Schrader: Die Commission hat durch die Einführung der Quittungskarten diejenigen Bedenken zu beseitigen gesucht, die man gegen das Quittungsbuch als verstecktes Arbeitsbuch erhoben hat. Diese Bedenken sind aber nicht beseitigt, sondern nur gemildert. Dadurch, daß man die Geltungsbauer der Quittungskarten auf eine kürzere Frist beschränkt hat als die der Arbeitsbücher, daß der Umtausch nicht nach dem Kalender, sondern dem Beitragsjahr erfolgen soll, hat man den Polizeibehörden eine Geschäftslast zugemuthet, welche viele nicht werden tragen können. Der Umtausch von 12 Mill. Quittungskarten wird eine ungemein zeitraubende und kostspielige Manipulation sein. Einer großen Zahl von Arbeitern wird das Geschäft vielleicht einen ganzen Arbeitstag kosten. Es ist gut, daß man das im Lande erfährt.

Abg. Buhl (n.-l.) theilt diese Bedenken nicht. Von einem Mißbrauch der Quittungskarte seitens der Unternehmer könne gar keine Rede sein.

Abg. Singer (S.): Ich gebe gern zu, daß es der Commission gelungen ist, einige Bedenken gegen das Quittungsbuch zu beseitigen. Es ist aber doch nicht gelungen, die neu vorgeschlagene Quittungskarte vor jedem Mißbrauch zu bewahren. Das Beste wäre gewesen, wenn man das ganze Geschäft an die Krankenkassen mit der dort üblichen Berechnung und Buchung angelehnt hätte.

Staatssecretär v. Bötticher: Die Behauptung, daß das Quittungsbuch, welches zuerst in Aussicht genommen war, als Arbeitsbuch mißbraucht werden würde, hat zur Einführung der Quittungskarte, deren Geltung auf kurze Zeit beschränkt ist, geführt und trotzdem kommen diese Behauptungen wieder. Ich kann ihnen hier eine Karte vorlegen, wie sie vorläufig entworfen ist, und möchte sehen, wo neben den Marken für 47 Beitragswochen Platz für irgendwelche nichtsnützigen Bemerkungen zu finden ist. (Heiterkeit.)

Abg. Singer: Auch diese Karte, die für ein ganzes Jahr gilt, kann mit einem die politische Richtung des Arbeiters kennzeichnenden Vermerk versehen werden. Der Arbeiter kann allerdings, wenn er Verdacht schöpft, sich eine neue Karte geben lassen, dazu muß er aber auch die Merkmale, um die es sich handelt, kennen.

§ 89aa wird angenommen, ebenso § 89aaa.

Nach § 89b ist die abzugebende Quittungskarte an die Versicherungsanstalt des betreffenden Bezirks zu übersenden und von dieser der ausstellenden Versicherungsanstalt zu überweisen. — Ein Antrag des Abg. Schmidt-Elberfeld will die letztere verpflichten, dem Versicherten jährlich auf Grund der eingegangenen Quittungskarten eine Bescheinigung über die bis Ablauf des Vorjahres für ihn eingezahlten Beiträge auszufertigen.

Abg. Schmidt-Elberfeld (freis.) begründet den Antrag, der in der ersten Lesung der Commission beschloffen war, aber in der zweiten ohne besondere Motivierung

abgelehnt wurde, wie ja überhaupt bei der zweiten Lesung alles vorher bereits fertig gewesen sei.

Geheimrath v. Wädthe und Abg. Struckmann (n.-l.) bekämpfen den Antrag wegen der Schwierigkeiten, die er mache.

Abg. Schrader hält einen klaren Ausweis für den Versicherten für geboten, da das Quittungsmaterial einmal verloren gehen könne.

Abg. Graf Adelmann (Centr.) ist gegen den Antrag Schmidt wegen der großen Kosten, die daraus für die Versicherungsanstalten erwachsen würden.

Abg. Schmidt-Elberfeld ändert, um die Bedenken des Regierungsvertreters zu beseitigen, seinen Antrag dahin, daß die Versicherungsgesellschaft nur auf Verlangen des Versicherten verpflichtet sein solle, die Bescheinigung auszufertigen.

Abg. Struckmann (n.-l.) würde es für genügend halten, wenn die Regierung erklärte, es sei selbstverständlich, daß die Versicherungsvorstände solchen Wünschen der Versicherten Rechnung zu tragen verpflichtet seien.

Geheimrath v. Wädthe giebt diese Erklärung ab.

§ 89b wird unter Ablehnung des Antrages Schmidt angenommen.

Nach § 90 soll die Eintragung eines Urtheils über die Führung oder Leistungen des Inhabers, sowie sonstige, durch dieses Gesetz nicht vorgesehene Eintragungen oder Vermerke in oder an der Quittungskarte unzulässig sein. — Abg. Bebel beantragte, auch den Gebrauch und die Annahme der Quittungskarte oder die Nachfrage nach derselben zum Zweck der Legitimation oder als Nachweis eines früheren Arbeitsverhältnisses für unzulässig zu erklären.

Abg. Grillenberger (Goc.) begründet den Antrag. Wenn unter den Arbeitern die Meinung vorhanden sei, daß die Regierung ein Interesse daran habe, das Quittungsbuch als Arbeitsbuch gebrauchen zu lassen, so komme das aus der Anschauung, daß die Regierung auf diese Weise den Agitationen der Unflüster nach Einführung eines obligatorischen Arbeitsbuches, die man ganz nicht erfüllen könne, hinten herum entgegenkommen könnte.

Geheimrath Bosse: Die Regierung hat absolut kein Interesse an derartigen Arbeitsbüchern.

Abg. Struckmann (n.-l.) erblickt in dem Antrage eine Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeiter, denn diese könnten von den Karten zu ihrer Legitimation Gebrauch machen.

Abg. Singer: Unter Umständen kann die Einsicht ins Quittungsbuch die Theilnahme des Arbeiters an einem Strike ergeben.

Geheimrath Bosse: Wenn die Arbeitgeber ein Zeichen in der Karte anbringen wollten, könnten doch auch die Arbeiter das merken und die Karten umtauschen.

Abg. Struckmann (nat.-lib.) weist darauf hin, daß die Zeit der Einklebung der Marke aus der Karte nicht zu ersehen sei.

Der Antrag Bebel wird hierauf abgelehnt und der § 90 angenommen.

Nach § 91 sind die Arbeitgeber berechtigt, bei der Lohnzahlung die Hälfte der für ihre Arbeiter geleisteten Beiträge in Abzug zu bringen. Die Abzüge dürfen sich nur auf die für die Lohnzahlungsperiode entrichteten Beiträge erstrecken. — Abg. v. Stumm (Reichsp.) be-

antragt, die Abzüge auf die beiden letzten Lohnzahlungsperioden zu erstrecken.

Mit diesem Antrage wird § 91 angenommen, desgl. § 91a.

Nach § 91aa kann durch Beschluß des Bundesraths oder für den Bezirk einer Versicherungsanstalt durch Statut für Versicherte, welche nicht in einem regelmäßigen Arbeitsverhältnis zu einem bestimmten Arbeitgeber stehen, bestimmt werden, daß sie ihre Beiträge statt der Arbeitgeber im Voraus decken. Sie haben gegen die zur Zahlung der Beiträge verpflichteten Arbeitgeber Anspruch auf Erstattung der Hälfte der entrichteten Beiträge.

Abg. Stöckel (Centr.) beantragt, diesen Paragraphen zu streichen, und begründet den Antrag damit, daß diese Bestimmung dem Arbeiter nur zum Schaden gereichen werde; man könne den Arbeiter nicht verpflichten, die Beiträge im Voraus zu zahlen und dann von den verschiedenen Arbeitgebern die einzelnen Beiträge von 2 oder 3 Pf. einzuziehen.

Abg. Gebhard (n.-l.) macht darauf aufmerksam, daß es sich hierbei gar nicht um einen Zwang für die Arbeiter, sondern nur um eine Befugniß handelt. Der Arbeiter habe auch nicht von verschiedenen Arbeitgebern einzelne Beiträge einzuziehen, sondern nur von einem einzigen. Streiche man diese Bestimmung, so würde der Bundesrath von seiner Befugniß, die nicht in regelmäßigem Arbeitsverhältnis stehenden Personen von dem Gesetz auszuschließen, stärkeren Gebrauch machen.

Der § 91aa wird entgegen dem Antrage Stöckel angenommen.

Nach § 92 kann durch die Landescentralbehörde oder mit Genehmigung derselben durch das Statut einer Versicherungsanstalt die Einziehung der Beiträge durch die Krankenkassen, durch die Gemeindebehörden und andere zu bezeichnende öffentliche Stellen erfolgen.

Der Paragraph wird angenommen, ebenso die auf die Ausführung der Vorschrift bezüglichen §§ 92a bis c. § 94, betr. die freiwillige Fortsetzung der Beitragsverhältnisse, wird genehmigt.

§ 95 wird angenommen mit einem neuen § 95 a, der die Bestimmungen über die Beibringung der Zusatzmarken für die nach § 3 aa zugelassene Selbstversicherung enthält.

Die Discussion wendet sich nun dem vorläufig zurückgestellten § 87 zu. Zum Zwecke der Erhebung der Beiträge sollen von den verschiedenen Versicherungsanstalten für die verschiedenen Lohnklassen Marken mit der Bezeichnung des Geldwerthes ausgegeben werden. Die Marken können bei den in dem Versicherungsbezirk belegenen Postanstalten gegen Erlegung des Nennwerthes käuflich erworben werden.

Abg. Porsch (Centr.) beantragt, diese letztere Bestimmung dahin zu fassen, daß die Versicherungsanstalt Vorsorge zu treffen hat, daß ihre Marken bei ihren Organen und bei anderen geeigneten Stellen erworben werden können. Wo eine geeignete Verkaufsgelegenheit fehlt, sollen die Postanstalten den Vertrieb der Marken übernehmen.

Abg. Fürst Hatzfeldt (Reichsp.) will neben den Postanstalten andere von den Versicherungsanstalten einzurichtende Verkaufsstellen zulassen.

Staatssecretär v. Bötticher: Der Staatssecretär im Reichs-Postamt befürchtet eine besondere Belästigung für die Postanstalten. Schon jetzt haben die Postanstalten 40 verschiedene Marken zu vertreiben. Diese Rücksichtnahme schließt aber eine subsidiäre Heranziehung der Postanstalten nicht aus, denn es kann doch vorkommen, daß sich hier und da die Privatleute für den Vertrieb der Marken nicht finden lassen. Der Antrag Porsch scheint mir in dieser Beziehung das Richtige zu treffen.

Abg. Schrader: Unzweifelhaft ist es der bequemste und sicherste Weg, die Post mit dem Verkauf der Marken zu beauftragen. Bei Annahme des Antrages Porsch würde wahrscheinlich längere Zeit vergehen, ehe man an allen Orten Verkaufsstellen einrichten könnte. Selbstverständlich könnten neben den Postanstalten auch die Versicherungsanstalten ihrerseits noch Verkaufsstellen einrichten. Das Interesse der Post scheint mir als das kleinere hinter das Interesse des Publikums zurückgestellt werden zu müssen. Es würden höchstens noch mehr Beamte bei der Post anzustellen sein; das ist ein Reichszuschuß, den wir uns noch am besten gefallen lassen. Durch die Bedenken der Postverwaltung sollten wir uns nicht zurückhalten lassen. Die Rücksichtnahme auf die württembergischen und bairischen Reservatrechte ist unbegründet; es bestehen nach dieser Seite keine Schwierigkeiten, die Beziehungen der Post zum Publikum fallen durchaus unter die Reichsgesetzgebung. Selbst für den Fall aber, daß die Vertreter dieser beiden interessirten Staaten meinen sollten, sich auf ihr Reservatrecht berufen zu können, gebe ich ihnen anheim, das nicht zu thun. Die Postverwaltungen in Baiern und Württemberg sollten ihr Reservatrecht nicht geltend machen, wenn dadurch ihr eigenes Publikum schlechter fortkommt, als das in anderen Staaten. Ich bitte Sie, den Antrag des Fürsten Hatzfeldt anzunehmen.

Bai. Bevollm. Graf Lerchenfeld bestreitet, daß das Reich hier competent sei. Es handelt sich dabei um etwas, wozu die Post als Transportgesellschaft überhaupt nicht verpflichtet ist, und deshalb sind wir in der Lage, unser Reservat geltend zu machen.

Württ. Bevollm. Rath Schicker schließt sich diesen Ausführungen an.

Abg. Meyer-Jena (n.-l.) führt aus, daß ebenso wie die bairische und württembergische Landesbehörde für Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes in Anspruch genommen werden, auch die Postanstalten gebraucht werden könnten.

Bair. Bevollm. Graf Lerchenfeld: Ich muß meine Ausführungen, daß Art. 52 der Verfassung die Post nur als Transportanstalt betrachte, aufrecht erhalten.

Abg. Hänel (freis.): Der betreffende Artikel der Verfassung wollte nicht allgemeine Bestimmungen über das Postwesen des Reiches treffen. Ich würde deshalb entschieden abtrathen, die principielle Frage durch Einschlebung einer Klausel zu einer Höhe aufzubauchen, die nach den Erklärungen des Bevollmächtigten praktisch nicht geboten ist.

Abg. Windthorst: Nach den Erklärungen des bairischen Bevollmächtigten können wir uns vollständig beruhigen und brauchen die Frage nicht zu erörtern. Art. 52 bestimmt genau das Maß der Befugnisse und über diese hinaus braucht niemand zu gehen, wenn es sich um wohlverworbene Rechte handelt.

Abg. Struckmann tritt den Ausführungen des Abg. Meyer über die Reservatrechte bei.

Abg. Hennig (Reichsp.) spricht für das Amendement Hatzfeldt.

Gesheimer Postath Syndow erklärt, daß weder finanzielle Gründe noch Gründe der Bequemlichkeit der Verwaltung ausschlaggebend für die Postverwaltung gewesen seien, die Uebernahme des Markenverkaufs ihrerseits nicht zu wünschen, sondern lediglich der Grund, daß das Publikum, welches nicht auf Grund dieses Gesetzes die Postanstalten aufsuche, benachtheiligt werde.

Abg. Schmidt-Ebersfeld behält sich vor, bei der dritten Lesung die noch nicht berücksichtigten Bedenken gegen das Markensystem überhaupt vorzubringen. Der Markenverkauf durch andere Verkäufer wäre viel schwieriger als durch die Post. Gegenüber der unter Androhung von Strafen angedrohten Verpflichtung müsse die Möglichkeit geschaffen werden, die Marken an bestimmten Stellen zu erhalten.

§ 87 wird nach Ablehnung des Antrages Porsch mit der vom Abg. Fürsten Hatzfeldt vorgeschlagenen Modification angenommen.

Hierauf verlag das Haus die weitere Berathung auf Freitag.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 11. April. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holländischer loco 155—175. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 154—166. russischer ruhig, loco 95—98. — Hafer fest. Gerste still. — Rübsä (unverzollt) matt, loco 56 1/2. — Spiritus ruhig, per April-Mai 22 1/2 Br. per Mai Juni 22 3/4 Br., per Juli-

August 24 Br., per August-Septbr. 24 1/4 Br. — Raffee ruhig, Umsatz 2700 Cack. — Petroleum fest, Standard white loco 6,50 Br. 8,45 Cb., per Mai 6,45 Br., per August-Debr. 7,00 Br., 6,95 Cb., — Meier: Aufklärend. mild.

Hamburg, 11. April. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product, Basis 88 % Rendement, f. a. B. Hamburg per April 18,50, per Juli 18,57 1/2, per August 18,67 1/2, per Okt.-Dez. (Durchschnittsnote) 14,25. Steigend.

Hamburg, 11. April. Raffee good average Santos per April 84 1/4, per Mai 84 1/4, per September 85 1/4, per Dezember 86. Ruhig.

Havre, 11. April. Raffee good average Santos per Mai 103,00, per Septbr. 105,25, per Debr. 106,00. Fest.

Bremen, 11. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Behauptet, loco Standard white 6,25 bez.

Mannheim, 11. April. Getreidemarkt. Weizen per Mai 19,80, per Juli 19,90, per November 19,05. Roggen per Mai 14,70, per Juli 14,80, per Novbr. 14,70. Hafer per Mai 14,60, per Juli 14,85, per November 13,30.

Frankfurt a. M., 11. April. Effekten-Societät. (Schluß.) Credit-Actien 253 1/2, Franzosen 207 1/4, Lombarden 89 1/2, Galizier 176 1/2, ägypter 91,50, 4% ungar. Goldrente 87, 1880er Russen 82,90, Gotthardbahn 140,80, Disconto-Commandit 237,80, Dresdener Bank 153,00, Mecklenburger 168,60, Laurahütte 139,45, 3% portugies. Anleihe 67,50, Lübecker 182. Fest.

Wien, 11. April. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 84,85, do. 5% do. 100,05, do. Silberrente 85,70, 4% Goldrente 110,80, do. ungar. Goldr. 102,55, 5% Papierrente 85,70, 1880er Loco 143,75, Anglo-Aust. 128,10, Cänderbank 234,75, Creditact 298,10, Unionbank 230,75, ungar. Creditactien 305,00, Wiener Bankverein 108,60, Böhm. Westb. 327, Buich. Eisenb. 348,00, Elbethalbahn 208,25, Nordbahn 2590,00, Franzosen 243,25, Galizier 207,00, Kronprinz Rudolf —, Lomb. Eisen 235,75, Lombarden 106,25, Nordwestbahn 183,50, Par-

bahier 164,00, Alp. Mont. Act. 75 00, Tabaksactien 115,50, Amsterdamer Wechsel 99,80, Deutsche Bläse 58,58, Londoner Wechsel 120,40, Pariser Wechsel 47,70, Napoleons 9,52, Marknoten 58,85, Russische Banknoten 1,27 1/2, Silbercoupons 100.

Amsterdam, 11. April. Getreidemarkt. Weizen per Mai 202, per Novbr. —. — Roggen per Mai 113—112, per Oktober 116.

Antwerpen, 11. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen schwach. Roggen unbelebt. Hafer fest. Gerste unbelebt.

Antwerpen, 11. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loco 16 1/4 bez. und Br., per April 16 1/4 Br., per Juni 16 3/4 Br., per Sept.-Debr. 17 3/4 Br. Ruhig.

Paris, 11. April. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen ruhig, per April 24,30, per Mai 24,50, per Juni-August 24,60, per Juli-August 24,60. — Roggen ruhig, per April 14,75, per Juli Aug. 15. — Mehl ruhig, per April 53,30, per Mai 53,50, per Juni-August 54,75, per Juli-Aug. 53,90. — Rübsä unregelmäßig, per April 67,25, per Mai 65, per Juni-August 63,50, per Septbr.-Debr. 56,50. — Spiritus ruhig, per April 42,60, per Mai 42,75, per Juni-August 43,25, per Sept.-Debr. 42,60. — Meier: Schön.

Paris, 11. April. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 88,60, 3% Rente 85,97 1/2, 4 1/2% Anleihe 105,25, italien. 5% Rente 96,45, österreichische Goldrente 93, 4% ungar. Goldrente 87,31, 4% Russen de 1880 94,00, 4% unific. ägypter 461,25, 4% Spanier auß. Anleihe 75 3/8, Convert. Türken 15,97 1/2, Türkenloose 56,75, 5% privilegierte türkische Obligationen 445,00, Franzosen 518,75, Comb. Eisenb.-Actien 242,50, Lombard. Prioritäten 313,75, Banque ottomane 558,75, Banque de Paris 767,50, Banque d'escompte 522,50, Credit foncier 1305,00, Credit mobilier 440,00, Meridional-Actien 765, Panama-Actien 55,00, 5% Panama-Obligationen 54,50, Rio Tinto-Actien 293,10, Suez-Actien 2305,00, Wechsel auf deutsche Pläze

(4 Mt.) 122 15/16, Wechsel a. London kurz 25,25, Cheques auf London 25,26 1/2, Comptoir d'Escompte 145.

Paris, 11. April. Bankausweis. Baarvorrath in Gold 1 006 525 000, Baarvorrath in Silber 1 233 415 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen 985 583 000, Notenumlauf 2 916 140 000, laufende Rechnung der Privaten 582 079 000, Guthaben des Staatschates 72 791 000, Gelanmvorrüchte 279 637 000, Zins- und Disconto-Erträge 9 768 000 Frs. Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath 76 81.

London, 11. April. Bankausweis. Totalreserve 14 244 000, Noten-Umlauf 24 393 000, Baar - Vorrath 22 616 000, Portefeuille 21 907 000, Guthaben der Privaten 25 095 000, Guthaben des Staats 9 286 000, Notenreserve 13 165 000, Regierungssicherheiten 15 980 000 Cfr. Procentverhältniß der Reserve zu den Passiven 41 3/4 gegen 39 1/8 in der Vorwoche.

London, 11. April. An der Rüste 2 Weizenladungen angeboten. — Meier: Bewölkt.

London, 11. April. Engl. 2 1/2% Consols 98 3/8, preuß. 4% Consols 106, italien. 5% Rente 95 3/4, Lombarden 91 1/2, 5% Russen von 1873 102 1/2, convert. Türken 15 3/4, österr. Silberrente 72, österr. Goldrente 93, 4% ungar. Goldrente 86 1/4, 4% Spanier 75 1/4, 5% privilegierte ägypter 104 1/2, 4% unificierte ägypter 91 1/4, 3% garantierte ägypter 101 1/4, 4 1/2% ägypt. Tributant. 91 1/4, convert. Mexikaner 40 3/8, 6% consol. Mexikaner 94 1/4, Ottomankbank 12 1/4, Suezactien 91, Canada Pacific 52 1/4, De Beers Actien neue 15 1/4, Rio Tinto 11 1/2, Rubinen-Actien 1 1/4, Agio. Blah-Discount 1 1/2 %. — Wechsel-Notierungen: Deutsche Pläze 20,58, Wien 12,13 1/2, Paris 25,45, Petersburg 25 1/8.

Verantwortliche Redacteurs: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Scuilleton und Literatur: S. Köhner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseraten-theil: A. W. Rasemann, sämmtlich in Danzig.

Berliner Fondsbörse vom 11. April.

Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit zumeist wenig veränderten, aber etwas abgeschwächten Courfen auf speculativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls wenig günstig und boten geschäftliche Anregung in keiner Beziehung dar. Das Geschäft entwickelte sich bei großer Zurückhaltung der Speculation ruhig und gewann auch nicht an Ausdehnung, als sich später die Stimmung etwas bereifte. Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen bei normalen Umsätzen, und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand zumeist ziemlich behaupten, auch fremde

Fonds und Renten bei stillem Geschäft; russische Noten unter Schwankungen etwas nachgebend. Der Privatdiscont wurde mit 1 1/8 % Cb. notirt. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditactien etwas verändert und ruhig; Franzosen und Lombarden fester und lebhafter, Warschau-Wien schwächer. Inländische Eisenbahnactien zumeist schwächer. Bankactien waren schwach und ruhig. Industriepapiere ruhig, theilweise etwas abgeschwächt. Montanwerthe nach festerer Eröffnung ermattend.

Deutsche Fonds.	
Deutsche Reichs-Anleihe	108,40
do. do.	104,10
Konolidirte Anleihe	107,30
do. do.	104,50
Staats-Schuldweine	101,90
Österr. Prov.-Oblig.	—
Westpr. Prov.-Oblig.	102,50
Landsh. Centr.-Pfdbr.	—
Österr. Pfandbriefe	102,20
Dommerische Pfandbr.	102,20
do. do.	101,30
Boisische neue Pfdbr.	101,80
do. do.	102,00
Westpr. Pfandbriefe	102,25
do. neue Pfandbr.	102,25
Bomm. Rentenbriefe	105,80
Boisische do.	105,80
Preussische do.	105,80

Ausländische Fonds.	
Oesterr. Goldrente	94,30
Oesterr. Papier-Rente	85,30
do. do.	72,10
do. Silber-Rente	73,00
Ungar. Eisenb.-Anleihe	99,00
do. Papierrente	81,40
do. Goldrente	87,25
Angl. Ost-Br. 1. Em.	85,50
Russ.-Engl. Anleihe 1870	102,90
do. do. do. 1871	103,00
do. do. do. 1872	102,90
do. do. do. 1873	103,00
do. do. do. 1875	102,20
do. do. do. 1877	—
do. do. do. 1880	93,25
do. Rente	114,60
Russ.-Engl. Anleihe 1884	102,90
do. Rente	99,90
Russ. 2. Orient-Anleihe	67,20

Rus. 2. Orient-Anleihe	
do. 5% Anleihe	67,25
do. do. 6% Anleihe	98,70
Russ.-Doln. Schatz-Obl.	5
Doln. Liquidat.-Pfdbr.	58,25
Italienische Rente	96,50
Rumanische Anleihe	108,00
do. fundirte Anl.	102,75
do. amor.	97,80
Lark. Anleihe von 1888	16,00
Serbische Gold-Pfdbr.	88,80
do. Rente	88,10
do. neue Rente	86,10

Hypotheken-Pfandbriefe.	
Dam. Hypoth.-Pfandbr.	103,50
do. do. do.	87,25
Dtsch. Grundsch.-Pfdbr.	103,00
Hamb. Hyp.-Pfandbr.	103,50
Meininger Hyp.-Pfdbr.	103,00
Nordb. Erdb.-Pfdbr.	103,00
Bomm. Hyp.-Pfandbr.	109,90
2. u. 4. Em.	106,50
2. Em.	—
1. do.	100,25
Dr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	116,00
Dr. Central-Bod.-Cred.	114,50
do. do. do.	111,50
do. do. do.	102,30
Dr. Hypoth.-Actien-Bk.	103,00
Dr. Hypoth.-B.-A.-G.-G.	103,10
do. do. do.	103,20
do. do. do.	98,90
Stettiner Nat.-Hypoth.	103,50
do. do. do.	107,20
do. do. do.	103,90
Doln. landwirthsch.	64,70
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	102,25
Russ. Central- do.	83,80

Cottener-Anleihen.	
Bay. Bräm.-Anl. 1887	144,50
Bayer. Brämien-Anleihe	144,90
Braunschw. Br.-Anleihe	106,90
Gotth.-Bräm.-Pfandbr.	116,10
Hamburg. 500kr.-Loose	149,25
Kön.-Münd. Br.-G.	144,50
Lübecker Bräm.-Anleihe	141,00
Oesterr. Loose 1854	119,50
do. Cred.-C. v. 1856	336,25
do. Loose von 1860	125,00
do. do. 1884	320,50
Ostb. Bürger Loose	136,80
Dr. Bräm.-Anleihe 1885	175,10
Kaab-Gras 100 L.-Loose	108,40
Russ. Bräm.-Anl. 1884	183,50
do. do. von 1886	—
Ang. Loose	252,00

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.	
Din. 1887.	
Kaden-Maschinen	68,00 17 1/2
Berl.-Dresd.	—
Main.-Cubwiaschafen	118,25 4 1/2
Mariensb.-Mamha-St.-A.	84,00 1
do. do. St.-Dr.	115,90 5
Nordhausen-Erfurt	—
do. St.-Dr.	—
Österr. Südbahn	109,75
do. St.-Dr.	120,00 5
Saal-Bahn St.-A.	49,40 1 1/2
do. St.-Dr.	115,70 5
Stargard-Polen	105,50 4 1/2
Weimar-Gera act.	26,10
do. St.-Dr.	26,00 3

t. Aktien vom Staats gar. Din. 1887.	
Galizier	88,50 4
Gotthardbahn	144,75 5
Kronpr.-Rud.-Bahn	— 4 1/2
Lüttich-Cimbura	28,10 —
Oesterr.-Franz. St.	— 3 1/2
do. Nordwestbahn	77,70 4
do. Elb. B.	92,90 3 1/2
Reichenb.-Pardub.	69,90 3 1/2
Russ. Staatsbahnen	131,50 5
Russ. Südbahnen	82,25 5
Schweiz. Unionb.	— 2 1/2
do. Westb.	33,80 —
Südb. Lombard	45,60 2 1/2
Warschau-Wien	225,60 15

Ausländische Prioritäts-Actien.	
Gotthard-Bahn	106,20
Italien. Oest. gar. 1.	87,00
do. do. Gold-Dr.	103,25
Kronpr.-Rudolf-Bahn	81,00
Oesterr.-Fr.-Staatsb.	84,30
Oesterr. Nordwestbahn	91,40
do. Südbahn	90,90
Südb. Lomb.	63,25
do. 5% Oblig.	103,25
Ungar. Nordostbahn	85,50
do. do. Gold-Dr.	103,25
Brest-Grajewo	95,50
Charkow-Azow ril.	100,75
Kursk-Charkow	100,70
Kursk-Alex	93,10
Mosko-Moskau	95,00
Mosko-Smolensk	100,50
Nybinsk-Belozersk	93,20
Nybinsk-Alexand.	93,70
Warschau-Lerespol	100,90

Bank- und Industrie-Actien. 1887	
Berliner Aktien-Verein	127,00 5
Berliner Handelsge.	173,50 9
Berl. Prod. u. Hand.-A.	100,75 4 1/2
Bremer Bank	108,00 3 1/2
Bresl. Diskontobank	112,80 5
Danziger Privatbank	— 3 1/2
Deutscher Bankverein	178,00 7
Deutsche Genossensch.-B.	138,00 7
do. Bank	175,75 9
do. Effekten u. W.	127,40 7
do. Reichsbank	132,50 6,20
do. Hypoth.-Bank	117,10 5 1/2
Disconto-Command.	237,60 10
Gotthard-Grundr.-Bk.	84,25 —
Hamb. Commers.-Bank	131,75 6
Hannoversche Bank	118,75 5
Hannsb. Vereins-Bank	111,25 6
Lübecker Comm.-Bank	116,10 5
Magdeba. Privat-Bank	117,60 5 1/2
Meininger Hypoth.-Bk.	104,70 5
Norddeutsche Bank	172,00 9 1/2
Oesterr. Credit-Anstalt	— 8,12
Bomm. Hyp.-Act.-Bank	50,70 0
Polener Provinz.-Bank	118,75 5 1/2
Preuss. Boden-Credit	127,60 6
Dr. Centr.-Boden-Cred.	151,00 8 1/2
Schaffhauf. Bankverein	107,40 4
Schaffhauf. Bankverein	131,10 6
Südb. Bod.-Credit-Bk.	150,00 8 1/2

Wilhelmshütte	118,00
Oberthale. Eisenb.-B.	112,30

Berg- und Hüttengesellschaften.	
Din. 1887.	
Dortm. Union-Bab.	—
Rödnig. u. Laurahütte	139,80 5 1/2
Stolberg, Zink	60,25 1
do. St.-Dr.	136,25 6
Victoria-Hütte	—

Wechsel-Cours vom 11. April.	
Amsterdam	8 Ig. 2 1/2 169,25
do.	2 Mon. 2 1/2 168,80
London	8 Ig. 3 20,45
do.	3 Mon. 3 20,365
Paris	8 Ig. 3 81,00
Brüssel	8 Ig. 4 1/2 80,95
do.	2 Mon. 4 1/2 80,65
Wien	8 Ig. 4 1/2 169,30
do.	2 Mon. 4 1/2 168,80
Petersburg	3 Mch. 6 216,50
do.	3 Mon. 6 214,80
Warschau	8 Ig. 6 216,60

Discont der Reichsbank 3 %.	
Sorten.	
Dukaten	9,62
Govereigns	20,38
20-Francs-St.	16,245
Imperialen per 500 Gr.	—
Dollar	—
Englische Banknoten	20,44
Französische Banknoten	81,00
Oesterreichische Banknoten	169,60
do. Silbergulden	—
Russische Banknoten	217,10